#### Immer mehr Drogen in Berlin — Görlitzer Park wird weiter kontrolliert

Berlin — Die Drogendealer haben Hochkonjunktur in der deutschen Hauptstadt. Das ergibt sich aus der Kriminalstatistik für das vergangene Jahr. Bei einer vermutlich hohen Dunkelziffer sind w2017 immerhin 16.077 Rauschgiftdelikte von der Polizei festgestellt worden. Das berichtet die Berliner Morgenpost. Die Hälfte der Delikte seien danach in verbindung mit Cannabis gewesen. Bei Kokain habe es einen starken Anstieg von 42 Prozent gegenüber dem Vorjahr gegeben.

1.164 Tatverdächtige wurden im Zusammenhang mit Kokain-Delikten ermittelt. 2015 seien es noch 883 gewesen. Einen leichten Anstieg gab es bei Heroin mit 1015 Tatverdächtigen, im Jahr 2015 waren es noch 946.

Innensenator Andreas Geisel (SPD) sagte der Morgenpost, dass im berüchtigten Görlitzer Park entgegen anderen Berichten weiterhin Drogenkontrollen durchgeführt werden.

#### 14-jähriges Mädchen in Hohenschönhausen erstochen

Berlin — Ein 14-jähriges Mädchen ist in einer Berliner Wohnung im Stadtteil Alt-Hohenschönhausen getötet worden. Die Polizei geht anhand der Situation am Tatort von einem Gewaltverbrechen aus. Offenbar hat die Mutter das Opfer am Mittwochabend mit schweren Stichverletzungen aber noch lebend in der Wohnung gefunden.

Wie die Ermittler mitteilten, hatte die Mutter ihre Tochter am frühen Mittwochabend noch lebend, aber mit schweren Verletzungen in der Wohnung gefunden. Über die Hintergründe ist noch nichts bekannt. Eine Mordkommission ermittelt.

### AfD kümmert sich um den Dreck in Berlin – nicht jeder freut sich darüber

Berlin — Das politische und mediale Berlin ist ein bisschen aufgeregt. Die konservative AfD hat eine gute Idee, und das darf irgendwie nicht sein. Unter www.dreckecken-weg.berlin sind die Bürger aufgerufen, illegale Müllberge und…ja, Dreckecken in der Metropole zu melden. Und jeder Berliner weiß, dass es die überall in unserer Stadt gibt.

Der Tagesspiegel schießt in der Berichterstattung über die Aktion der AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus heute den Vogel ab. In einem Artikel über die Aktion, wird politisch korrekt geschwurbelt, dass es zum Lachen …oder auch zum Weinen ist. Die Aktion sei ja mal etwas Handfestes, was ja sonst nicht der Fall ist, weil "man sich ständig und ohne Distanzierung vom eingebauten Neonazi-Flügel übertönen lässt" heißt es da. Und das Fazit der Qualitätsjournalisten lautet: "Allerdings wird sich die AfD wohl trotzdem in erster Linie daran messen lassen müssen, wie sie mit den Dreckecken der eigenen Politik verfährt."

## Katholischer Pfarrer mit Regenschirm erstochen

Berlin — Dr. Alain-Florent Gandoulou (54), Pfarrer der französischsprachigen katholischen Gemeinde in Charlottenburg ist einem Gewaktverbrechen zum Opfer gefallen. Nach einem lautstarken Streit in franzlösischer Sprache nach einer Chorprobe gegen 23 Uhr wurde am Donnerstagabend die Polizei alarmiert. Die Beamten fanden das Opfer in einer Blutlache. Der Mann war verprügel und dann mit einem Regenschirm erstochen worden.

Ein Zeugenhinweis führte die Polizei später zu einem Wohnhaus in Berlin-Reinickendorf. Auf dem Dachboden nehmen Beamte am Freitagmittag den mutmaßlichen Mörder fest. Er soll nicht in dem Haus wohnen.

# Müller gratuliert Heinrich-Hertz-Institut zum 90jährigen Bestehen

Berlin — Anlässlich des 90-jährigen Bestehens des Fraunhofer-Instituts für Nachrichtentechnik, Heinrich-Hertz-Institut (HHI), gratuliert der Regierende Bürgermeister von Berlin und Senator für Wissenschaft und Forschung, Michael Müller (SPD, Foto): "Das Heinrich-Hertz-Institut ist ein wichtiger Teil der Forschungslandschaft unserer Stadt und zeigt eindrucksvoll, welche Rolle Berliner Spitzenforschung in der Entwicklung unserer Welt spielt. 1928 waren es die Telegrafie und die Fernsprechtechnik, die am HHI erforscht wurden, 2018 sind es Videostreaming, weltweite Kommunikationsnetze und eine immer schnellere mobile Datenübertragung. Welchen Sprung die Technologie in den nächsten 90 Jahren machen wird, ist schwer vorherzusagen, aber ich bin mir sicher: Das HHI wird von Berlin aus weiterhin maßgeblich dazu beitragen.

# Kein Interesse an "touristischen Aspekten": AfD-Fraktion boykottiert Paris-Reise

Berlin/Paris — Reisen bildet, und viele Abgeordnete aller Parteien in allen Parlamenten freuen sich, die große weiter Welt kennenzulernen — auf Kosten der Allgemeinheit. Die Partei, die sich *Alternative für Deutschland* (AfD) nennt, setzt nun im Berliner Abgeordnetenhaus ein Zeichen.

Der Bildungsausschuss des Parlaments plant nämlich eine Reise nach Paris. Die AfD-Ausschussmitglieder Jessica Bießmann, Franz Kerker und Tommy Tabor lehnen die Einladung zu diesem Trip ab. Der bildungspolitische Sprecher Franz Kerker dazu: "Frankreich steht in Bildungsrankings noch deutlich unter Deutschland. Welche Ideen zur Verbesserung der deutschen Bildungssituation ausgerechnet von dort mitgenommen werden könnten, bleibt das Geheimnis der Altparteien, die diese Reise

unternehmen wollen."

Die AfD hatte alternativ vorgeschlagen, nach Estland zu reisen, das nicht nur Europäischer PISA-Spitzenreiter ist, sondern auch ein Vorzeigeland im Bereich der digitalisierten Schule. Hier hätte — so die AfD — der Ausschuss tatsächlich Anregungen für ein zukunftsgerichtetes Bildungssystem sammeln können. Dies wurde von den anderen Fraktionen jedoch abgelehnt.

Die drei Parlamentarier werden deshalb an dieser Reise nicht teilnehmen. Kerker: "Wir sind nicht bereit, Steuergelder für eine solche Reise zu verschwenden, bei der offensichtlich der touristische Aspekt wichtiger ist als das Ziel, Lösungen für die Berliner Bildungsmisere zu finden."

#### LKA überlastet: 55.290 Strafverfahren wurden 2017 nicht bearbeitet

Berlin — Die Berliner Strafverfolgung ist in einem beklagenswerten Zustand. Eine Anfrage des CDU-Abgeordneten Peter Trapp brachte jetzt an die Öffentlichkeit, dass im vergangenen Jahr 55.290 Ermittlungsverfahren wegen Überlastung beim Landeskriminalamt (LKA) nicht bearbeitet werden konnten. Hinzu kommen noch 128.273 Liegevermerke, das sind Vermerke für die Fälle, die länger als einen Monat nicht bearbeitet worden sind. Für die Bevölkerung wichtig: Es handelt sich dabei um Fälle, die auch nicht in der polizeili chen Kriminalstatistik auftauchen.

# Kampagne gegen Cyberstalking startet heute

Berlin — Stalking, bei dem in der Mehrheit Männer in aggressiver Form ehemalige Partnerinnen bedrängen, findet immer stärker auch in der digitalen Welt statt und wird so zum Cyberstalking. Die Landeskommission Berlin gegen Gewalt unterstützt die berlinweite Arbeitsgruppe Cybergewalt und damit zahlreiche Partner von Behörden und freien Trägern in ihrem Bemühen, dieser Entwicklung aktiv entgegenzutreten.

Mit einer Informations- und Aufklärungskampagne, die heute startet, sollen vorrangig Frauen im Alter von 20 bis 50 Jahren angesprochen werden. Der Vorsitzender der Landeskommission Berlin gegen Gewalt, **Staatssekretär Christian Gaebler**, sagte anlässlich des Kampagnenstarts: "Die digitale Welt ist ein Spiegel der analogen Welt. Wenn wir Stalking ächten und bekämpfen wollen, müssen wir dies in beiden Welten tun. Die technischen Möglichkeiten des Internets und die Nutzung sozialer Medien verstärken und vereinfachen unser Handeln. Im Guten wie im Schlechten. Mit der Kampagne wollen wir Wege aus der Bedrohung durch Cyberstalking aufzeigen."

Im Zentrum der Kampagne stehen die Aufklärung über die rechtliche Situation, Angebote zur Hilfe und Begleitung aus der gewaltbelasteten Beziehung sowie Hinweise zum verantwortungsvollen und kompetenten Medienverhalten.

Alle Informationen können auf der Internetseite www.berlin.de/gegen-cybergewalt abgerufen werden. Zusätzlich werden die Materialien auf den Dienststellen der Polizei, der Amtsanwaltschaft und Fachberatungsstellen verfügbar sein.

## Bündnis für mehr Videoüberwachung überwindet erste Hürde

Berlin -20.000 Unterschriften sind notwendig, am Ende waren es 25.083, die der frühere Justizminister Thomas Heilmann (CDU) und der frühere Neuköllner Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD) gestern beim Innensenator einreichten. Damit haben die Initiatoren die erste Hürde des Volksbegehrens für mehr Videoaufklärung und Datenschutz locker genommen. Sie weisen darauf hin, dass es bei ihrem Vorstoß nicht um eine flächendeckende Videoüberwachung geht, sondern um etwa 50 Orte in der Metropole, die als Kriminalitätsschwerpunkte gelten. Die Polizeibehörden wählen die Orte aus, die überwacht werden sollen und nur dann werden die Aufnahmen verwendet, wenn darauf Straftaten festgehalten wurden. Die Innenverwaltung prüft jetzt, ob der Gesetzentwurf der Initiatoren rechtlich zulässig ist.

## Nach linker Randale: AfD prüft Strafanzeigen gegen

#### Blockierer und Polizeiführung

Berlin - Nach dem tätlichen Angriff von Linksextremisten am Samstag auf friedliche Demonstranten ebenso wie auf den stv. Fraktionsvorsitzenden der AfD im Berliner Abgeordnetenhaus, Karsten Woldeit, hat Georg Pazderski, Fraktionschef der rechtskonservativen Partei, Konsequenzen gefordert. "Hier eindeutig die Verfassungsrechte wurden auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit von gewaltbereiten Mob ausser Kraft gesetzt. Mit dem tätlichen Angriff auf Karsten Woldeit wurde eine rote Linie überschritten", sagte Pazderski. Die AfD-Fraktion werde sich mit allen parlamentarischen und rechtlichen Mitteln für eine Aufklärung der Vorfälle und die Bestrafung der Täter einsetzen: "Derzeit prüfen wir, als erste Schritte Strafanzeigen gegen alle uns bekannte Blockierer sowie gegen die Polizeiführung zu erstatten, die nach Aussage eingesetzter Beamter einen Schutz der Frauenrechtsdemonstration aus politischen Erwägungen nicht umsetzen wollte oder konnte."